

KURSWECHSEL

Stuttgart 21 ist auch eine soziale Frage

Angela Merkel und Stefan Mappus wollen in Baden-Württemberg ein Exempel statuieren.



„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Demonstranten vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof

Stuttgart 21 ist auch eine soziale Frage und eine Frage der Demokratie“, sagt Bernd Riexinger, der Sprecher der Linken in Baden-Württemberg. „Angela Merkel und Stefan Mappus haben die Auseinandersetzung inzwischen zur Machtfrage erklärt.“ Sie wollten in Stuttgart ein Exempel statuieren. Nur so könne ihre jüngste Rede vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin verstanden werden. Wenn sie einmal in Europa einräumen müsse, so die Kanzlerin, dass Deutschland aufgrund von vielen Protesten seine Zusagen nicht einhalten könne, dann käme „morgen mein griechischer Kollege und sagt: ‚Weil bei uns so viel protestiert wurde, kann ich die Stabilitätszusagen nicht mehr einhalten‘“. Wer die Sorgen und die Wünsche der Menschen derart missachte wie die Kanzlerin, so Bernd Riexinger, der müsse sich fragen, ob er noch auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Denn da heißt es: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Und das wolle in seiner Mehrheit nicht, dass Milliarden Euro in ein zweifelhaftes Immobilien- und Verkehrsprojekt investiert werden.

Die Zockerei der Projekt-Partner passe auch nicht zum Sozialstaatsgebot unserer Verfassung, sagt der Sprecher der LINKEN. Es sei ein Skandal, dass Schwarz-Gelb im sozialen Bereich den Rotstift ansetzt und gleichzeitig Milliarden Euro an Steuergeldern in zweifelhaften Tunnelprojekten vergraben will. Dies, so Riexinger, sei das Ergeb-

nis einer Politik, die seit den 90er Jahren unser Land zunehmend bestimmt: Privatisierung von Volksvermögen: Siehe Strom, Wasser oder die Börsenpläne der Deutschen Bahn! Und Sozialisierung der Verluste: Siehe Commerzbank, Hypo Real Estate und andere!

Auch die Städte und Gemeinden wür-



Brutaler Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten

Treten Sie zurück Herr Mappus!

Die Empörung der Bürger über den jüngsten Polizeieinsatz gegen friedliche Demonstranten in Stuttgart ist sehr groß. Damit, Herr Mappus, haben sie ihr wahres Rambo-Gesicht gezeigt. Wer sich dem Willen der großen Mehrheit der Stuttgarter – zwei Drittel lehnen Stuttgart 21 ab – mit einer derartigen Brutalität entgegensetzt, hat jedes Vertrauen verspielt. Ich unterstütze deshalb die Forderung vieler Bürgerinnen und Bürger: Treten sie zurück, Herr Mappus und machen sie den Weg zu Neuwahlen frei. Denn die Menschen in Baden-Württemberg wollen nicht mehr bis zum 27. März 2010 warten, um sie und Stuttgart 21 abzuwählen.



Bernd Riexinger
Sprecher der Linken in Baden-Württemberg

den zunehmend ausgehungert. Folge: Gebührenerhöhungen und Streichungslisten. Nicht einmal die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen werde ernsthaft verbessert. Nach wie vor gehöre Deutschland bei den Ausgaben für Bildung unter den Industriestaaten zu den Schlusslichtern.

„Wer S21 verhindern will“, so Bernd Riexinger, „muss jetzt auf die Straße gehen und im März Schwarz-Gelb abwählen“. DIE LINKE in Baden-Württemberg stehe an der Seite der Protestbewegung, versichert der Landes-sprecher der Partei. Riexinger hat selbst am Bauzaun vor dem Hauptbahnhof blockiert und gehört zu den Rednern der Montagsdemos. „Als junge Partei wollen wir frischen Wind in den Landtag bringen. Und dabei helfen, der schwäbischen Maultaschen-Connection das Handwerk zu legen – innerhalb und außerhalb der Parlamente.“ Jetzt aber im Kampf gegen Stuttgart 21 alle Karten auf die Landtagswahl zu setzen, hält Riexinger für gefährlich. „Denn Merkel, Mappus und Co. wollten bis zum 27. März vollendete Tatsachen schaffen.“

Wer ist Rüdiger Grube?

Der Bahn-Chef hat schon bei Daimler Milliarden in den Sand gesetzt

Als Bahn-Chef Rüdiger Grube im Mai 2009 sein Amt übernahm, hieß es ein „großer Kommunikator“ werde den „Rambo“ Hartmut Mehdorn beerben. Doch aus dem Kommunikator wurde schnell der Exekutor, der Vollstrecker. Grube hat den Abriss des Nordflügels des Stuttgarter Hauptbahnhofs angeordnet – in Absprache mit der Politik. Doch wer ist dieser Mann, der sich gern als ehrlichen hanseatischen Kaufmann beschreibt?

„Rüdiger Grube kommt wie sein Vorgänger und der erste Vorstandsvorsitzende der Bahn AG, Heinz Dürr, aus der Automobilindustrie“, sagt Winfried Wolf. Der Verkehrsexperte hat sich schon in den 90er Jahren intensiv mit der Bahn und Stuttgart 21 beschäftigt und das erste kritische Buch zu S21 veröffentlicht. „Alle drei Bahnchefs

Das Ziel ist der Börsengang und damit die Privatisierung.

dienten viele Jahren lang dem Daimler-Konzern“, sagt Wolf. Helmut Kohl habe Heinz Dürr geholt. „Der war damals Vorstandsmitglied bei Daimler; er ist zudem Eigentümer des größten Herstellers von Lackieranlagen für die Automobilindustrie mit Hauptsitz in Stuttgart.“

Dürr setzte die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft durch. Sein Ziel: Der Börsengang und damit die Privatisierung eines riesigen Volksvermögens. Und Dürr hat gegen den Rat seiner eigenen Fachleute das Milliarden-Projekt „Stuttgart 21“ auf den Weg gebracht – zusammen mit dem damaligen Verkehrsminister Matthias Wissmann – ebenfalls ein Schwabe –

und Ministerpräsident Erwin Teufel. Wissmann ist heute Präsident des Verbandes der Automobilindustrie.

Dürrs Nachfolger Johannes Ludewig kam nicht aus der Autobranche. Er wollte aus S21 aussteigen, weil das Projekt zu teuer war. „Und dann war er weg vom Bahnhof-Fenster“, sagt Winfried Wolf. „Autokanzler Gerhard Schröder holte den nächsten Daimler-Mann Hartmut Mehdorn.“ Mehdorn kam über die Flugzeugindustrie zu Daimler und war bis Mitte der 90er Jahre Vorstandsmitglied der Daimler-Tochter DASA (Deutsche Aerospace AG). Seit Ende 1989 arbeitete Rüdiger Grube für ihn, zunächst als Assistent, später als Büroleiter.

Und dann stieg Grube zum Vertrauten von Jürgen Schrempf auf, der Daimler zu einer Welt-AG machen wollte und Chrysler und Teile von Mitsubishi übernahm. „Grube wurde 1991 Leiter der Konzernstrategie“, berichtet Thomas Adler. Adler ist seit vielen Jahren Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim und seit kurzem auch Gemeinderat der Stadt Stuttgart. Er gehört der Fraktion SÖS/DIE LINKE an. „Rund 50 Milliarden haben Schrempf, Grube und Co. damals verbrannt“, erinnert sich Adler. Zudem sei Grube mitverantwortlich für weitere Pleiten. Zum Beispiel für die Einstellung des viertürigen Smarts, ein Abendteuer, das rund eine Milliarde Euro gekostet habe. Oder für das Lkw-Maut-Projekt Toll Collect, das erst nach vielen blamablen Fehlstarts gestartet werden konnte. Zehntausende von Arbeitsplätzen seien unter tätiger Mithilfe von Rüdiger Grube vernichtet worden – in den abgestoßenen Beteiligungen, aber auch bei Daimler selbst.



Großkundgebung für mehr Gerechtigkeit

„Deutschland in Schiefelage. Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit.“ Unter diesem Motto protestieren die Gewerkschaften in diesem Herbst. DIE LINKE unterstützt die Kampagne.

Am 13. November findet in Stuttgart eine landesweite Kundgebung statt. 10.30 Uhr: Auftakt gegenüber dem Hauptbahnhof in der Lautenschlagerstraße.

11.30 Uhr: Kultur und Kundgebung auf dem Schlossplatz.

Plätze in Bussen, S-Bahnen und Zügen können bei den DGB-Büros in Stuttgart, Heilbronn und Aalen reserviert werden.

www.dgb.de/herbstaktion

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

28.–30. OKTOBER 2010 IN STUTT GART

DIE LINKE INTERNATIONALE AUTOKONFERENZ AUTO.MOBIL.KRISE.

Veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag In Kooperation u.a. mit der Fraktion SÖS/DIE LINKE. Gemeinderat Stuttgart Infos und Anmeldung: www.auto-mobil-krise.de

DO 28.10. «Die Lange Nacht des Autos»

19:00–24:00 Kulturveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ort: Wagenhallen Stuttgart, Innerer Nordbahnhof 1, 70191 Stuttgart

FR 29.10. u.a. mit Hans-Jürgen Urban (IG Metall), Harald Schumann (Tagesspiegel), 15:00–21:45 Winfried Wolf (Verkehrsexperte), Werner Reh (BUND), Elmar Altvater (WB Attac); Ort: Rathaus

SA 30.10. u.a. mit Gangolf Stocker und Peter Conradi (Bündnis gegen S21), Roland Hamm (IG Metall), den Verkehrsexperten Karl-Dieter Bodack, Heiner Mohnheim und dem Büro Viereck-Rössler, mit dem Stern-Autor Arno Luik, Vertretern von Greenpeace, VCD, IG Metall und ver.di sowie den MdBs Ulla Lötzer und Sabine Leidig (DIE LINKE) Orte: Gewerkschaftshaus und Haus der Wirtschaft

Insgesamt 14 Workshops, drei Debattenforen und vier Vorträge mit ca. 70 ReferentInnen

Dem Nahverkehr fehlt das Geld

Vor zehn Jahren, unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer, haben Grüne und SPD die 21-Projekte mit teuren Werbeshows aufs Gleis gesetzt“, erinnert sich Bernhard Strasdeit, der Landesgeschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg. „So wollten sie die Bahn schneller an die Börse bringen.“ Doch Frankfurt und München haben die 21-Projekte abgelehnt, zu Gunsten des öffentlichen Regionalver-



Bernhard Strasdeit
Landesgeschäftsführer der LINKEN

kehrs. Und der „Börsenwahn“ ist – bis jetzt – gescheitert.

Nur in Stuttgart sollen Milliarden vergraben werden, „weil die Spätzles-Connection Milliarden-Subventionen zugesagt hat“, sagt Strasdeit. So habe Ministerpräsident Stefan Mappus zum Beispiel Mittel für den regionalen Zugverkehr in die S21-Kasse umgeleitet. Die Kehrseite: „Dem Nahverkehr fehlt das Geld. Und Sparprogramme auf allen Ebenen, auch bei den Kreisen, den Städten und Gemeinden, denn in den nächsten Wochen stehen wieder Haushaltsberatungen an“, sagt Strasdeit, der auch dem Kreisrat des Landkreises Tübingen angehört und jetzt für den Landtag kandidiert.

Das Volk steht auf und Stuttgart wird Protesthauptstadt

Interview mit Roland Hamm, dem Ersten Bevollmächtigten der IG Metall in Aalen und Schwäbisch Gmünd

Roland Hamm gehört zu den Initiatoren der landesweiten Initiative „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“. Der Bevollmächtigte der IG Metall in Aalen und Schwäbisch Gmünd war im Frühjahr einer der Redner bei einer Großkundgebung im Stuttgarter Schlosspark. Er saß viele Jahre für die SPD im Stadtrat von Aalen, mittlerweile für die Linken. Er kandidiert im Wahlkreis Aalen für den Landtag.



Roland Hamm
Erster Bevollmächtigter
der IG Metall

Welchen Stellenwert hat Stuttgart 21 für DIE LINKE?

Roland Hamm: Eine derart breite, gut informierte, phantasievolle und entschlossene Protestbewegung haben wir in Deutschland schon lange nicht mehr erlebt. Das Volk steht auf und Stuttgart wird Protesthauptstadt. Als kleine, junge, aber auch noch unverbrauchte Partei stehen wir ohne Wenn und Aber hinter der Bewegung.

Seit wann interessierst du Dich für das Bahnprojekt Stuttgart 21?

Roland Hamm: Ich hatte mich schon vor vier Jahren öffentlich gegen das Milliarden-Loch in Stuttgart ausgesprochen. Ich war damals Landtags-

kandidat der WASG, der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Ich hatte gefordert, dass die Bahn den Schienenverkehr in der Fläche ausbaut. Und das gilt heute noch: Stuttgart 21 ist wie ein Staubsauger, der sämtliche Gelder aufsaugt die dem Schienenverkehr in der Fläche zukommen sollen.

Wie haben sich die Gewerkschaften zu Stuttgart 21 gestellt?

Roland Hamm: Im vergangenen Jahr habe ich mich zusammen mit Werner Sauerborn von ver.di und einigen anderen innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes bemüht, eine Ablehnung von S21 durchzusetzen. Und tatsächlich konnten wir uns bei der Landesbezirkskonferenz des DGB durchsetzen. Auch viele regionale Gliederungen von ver.di oder IG Metall haben Beschlüsse gegen S21 gefasst. Trotzdem muss ich selbstkritisch sagen, dass die Gewerkschaften mehr tun müssten. Schließlich geht es bei S21 auch um eine soziale Frage.

Habt ihr deshalb die Initiative „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ gegründet?

Roland Hamm: Wir versuchen innerhalb der Gewerkschaften mehr Widerstand zu mobilisieren, aber wir unterstützen das Aktionsbündnis auch durch eigene Aktivitäten. Seit Sommer arbeiten Werner Sauerborn und der

Daimler-Betriebsrat und Stuttgarter Stadtrat Thomas Adler fest im Koordinationsrat des Bündnisses mit. In eigenen Kampagnen wenden wir uns speziell an die Kollegen, die für Stuttgart 21 arbeiten müssen, an die Bauarbeiter, die Wachleute und die Polizisten. Mit unseren Enthüllungen über

die illegalen Zustände bei SOB, einem Tochterunternehmen des Bewachungskonzerns Securitas, konnten wir zusammen mit ver.di schnell einen Erfolg erzielen. Jetzt werden erstmals allen SOB-Kollegen, die am Stuttgarter Hauptbahnhof eingesetzt sind, Tariflöhne bezahlt.

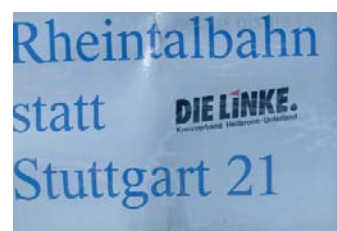


Flächenbahn statt Tunnelbahnhof

Wichtige Schienen-Projekte in Baden-Württemberg sind in Gefahr

Der Protest gegen Stuttgart 21 breitet sich inzwischen auf ganz Baden-Württemberg aus. Denn nicht nur die Stadt Stuttgart muss für das Tunnelprojekt mehrere hundert Millionen Euro aufbringen, sondern auch das Land, das voraussichtlich mit 800 Millionen dabei ist.

„Wenn Stuttgart 21 kommt, dann wird die Flächenbahn noch weiter ausgedünnt“, sagt Roland Schuster. Wichtige Schienen-Projekte sind in Gefahr. Für Roland Schuster ist der Schienenverkehr schon aus beruflichen Gründen ein ganz wichtiges Thema. Er arbeitet beim Eisenbahn-Konzern Bombardier (früher Adtranz) und ist dort Betriebsrat. In Mannheim Nord kandidiert Schuster für DIE LINKE bei der Landtagswahl. „Wir fordern von der Bahn den Ausbau unseres Bahnhofs, der Strecke von Mannheim



nach Frankfurt und zusätzliche Gleise nach Heidelberg“, sagt Schuster. Das bringe dem Schienenverkehr viel mehr als S21.

Das gleiche gelte für den Ausbau der Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Basel mit wirksamem Lärmschutz, sagt der Freiburger Kinderarzt und Landtagskandidat Lothar Schuchmann. „Nur so können wir mehr Güter auf die Schiene bringen und zugleich den Nahverkehr ausbauen.“ Das sage nicht nur DIE LINKE, sondern auch das Umweltbundesamt.

Ähnliche Forderungen gibt es auch in anderen Regionen: So warten die Menschen seit Jahrzehnten auf den Ausbau der Gäubahn, die zwischen Horb und Tuttlingen nur eingleisig ist. Und die Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen müsste endlich elektrifiziert werden.

S21: Region Stuttgart zahlt 100 Millionen Euro

Auch die Städte und Gemeinden der Region Stuttgart zahlen für Stuttgart 21. Darauf haben die Linken in verschiedenen Kreis- und Gemeinderäten hingewiesen. „Der Verband Region Stuttgart beteiligt sich mit 100 Millionen Euro“, sagt der Ludwigsburger Kreisrat Hans-Jürgen Kemmerle. Allein aus den Städten und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg sollen über eine Umlage 18,5 Millionen Euro in das Stuttgarter Tunnel-Projekt fließen. Kemmerle hat bei den jüngsten Haushaltberatungen im Kreistag beantragt, die erste Rate nicht zu bewilligen, doch außer den Grünen hatte ihn kein Kreisrat unterstützt. „Wichtig wäre dagegen der zügige Ausbau des S-Bahnnetzes und des sonstigen Öffentlichen Personennahverkehrs in der Region“, sagt Hans-Jürgen Kemmerle.

Protest nach Berlin tragen

Bundestagsabgeordnete der Grünen und der LINKEN kämpfen auch im Parlament gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21

Die Gegner von Stuttgart 21 wollen ihren Protest auch nach Berlin tragen. LINKE und Grüne haben im Rahmen der Haushaltsdebatte Anträge gestellt, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, die Baumaßnahmen zu S21 einstellen zu lassen. Mehrere Abgeordnete der beiden Parteien haben bereits in Stuttgart gesprochen. Einige blockierten den Bauzaun. Darunter die baden-württembergischen LINKEN Heike Hänsel, Annette Groth und Michael Schlecht sowie der grüne Landtagsabgeordnete Werner Wölfe. „Das Projekt passt nicht in die Landschaft, weder finanziell noch verkehrspolitisch noch demokratisch“, erklärte Sabine Leidig, die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, vor dem Bundestag. Doch dann kam es im Plenarsaal zum Eklat: Norbert Lammert schloss die Abgeordneten Annette Groth, Heidrun Dittrich, Inge Höger, Heike Hänsel und Michael Schlecht von der Sitzung aus sowie von zwei weiteren Sitzungstagen. Grund: Die fünf zeigten sich mit einem Anti-Stuttgart-21-T-Shirt. Einige Tage später hat Lammert den Ausschluss ausgesetzt. Aus Angst vor einer Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht. Die fünf Abgeordneten hatten bei den Richtern in Karlsruhe zuvor einen Antrag auf einstweilige Verfügung gestellt. Die Sanktion bleibt damit bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung ausgesetzt. Trotz-

„Angela Merkel will nicht zulassen, dass das Volk selbst entscheidet.“

Sabine Leidig MdB

dem bestätigten die Parlamentarier der Unionsparteien, der FDP und der SPD Lammerts undemokratische Strafmaßnahme. Die Grünen-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Beteiligt haben sich linke Bundestagsabgeordnete auch an Schwabenstreichen in Berlin. Selbst vor dem Brandenburger Tor wurde eine Minute lang Krach gemacht. „Wir müssen den Pro-



Abgeordnete der Linksfraktion beim Schwabenstreich vor dem Brandenburger Tor. Von links Heike Hänsel, Sabine Leidig und Richard Pitterle.

test in die Bundeshauptstadt tragen“, sagte Sabine Leidig. Dies sei nach der Kampfansage von Bundeskanzlerin Merkel während der Haushaltsdebatte noch wichtiger als zuvor. Für Merkel gehe es jetzt vor allem um die Macht. Sie wolle nicht zulassen, dass das Volk selbst über Milliarden-Projekte wie Stuttgart 21 entscheidet.

Das Stuttgarter Aktionsbündnis plant bereits für Ende Oktober, mit einem Sonderzug in die Bundeshauptstadt zu fahren.

Weitere Infos unter

www.Kopfbahnhof-21.de
www.GewerkschaftergegenS21.de
www.Bei-Abriss-Aufstand.de
www.Fluegel.tv
www.Parkschuetzer.de

Mit Schwabenstreichen gegen S21

... oder was der Schauspieler Walter Sittler aus Argentinien gelernt hat

Als der Schauspieler Walter Sittler und der Theaterregisseur Volker Lösch erstmals den Schwabenstreich gegen Stuttgart 21 vorgestellt hatten, war dies für Marta Aparicio ein ganz besonderes Ereignis. Denn das Vorbild der beiden stammt aus ihrem Heimatland Argentinien. Um gegen die Regierung zu protestieren, ging die Bevölkerung 2002 täglich mit Pfeifen, Töpfen, Pfannen oder Deckeln auf die Straße und machte Lärm. Mit Erfolg: Der Präsident musste schließlich zurücktreten und wurde mit dem Hubschrauber aus dem Regierungssitz ausgeflogen. Heute macht Marta Aparicio, die seit 27 Jahren in Deutschland lebt, in Stuttgart Lärm – zusammen mit vielen S21-Gegnern. Mittlerweile gibt es in ganz Baden-Württemberg Schwabenstreiche. Sogar in Paris und New York wurde schon Krach gemacht. „Und viele Teilnehmer, die nicht in Stuttgart woh-

nen, kommen regelmäßig zu Montagsdemos oder Großkundgebungen zu uns“, freut sich Marta Aparicio, die bei den Demos immer wieder Bekannte



Marta Aparicio, „Schwabenstreicherin“ aus Argentinien

trifft, die sie seit Jahren nicht mehr gesehen hatte.

Die Auseinandersetzung habe an Schärfe zugenommen, sagt die Politologin und Ethnologin. Das hätte sie den Schwaben nicht zugetraut. Begeistert ist sie auch von der Phantasie der Demonstranten. Und Sitzblockaden, Baumbesetzungen oder das Aufbauen von Zeltstädten im Park hält sie für ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung in einer Demokratie. Klar, dass auch sie schon an einer Sitzblockade teilgenommen hat.

Vor einem Jahr wäre Marta Aparicio beinahe in den Bundestag gewählt worden. Sie stand auf Platz sieben der Landesliste. Sechs Abgeordnete aus Baden-Württemberg schafften den Sprung nach Berlin. Jetzt kandidiert die Abteilungsleiterin einer Volkshochschule im Wahlkreis IV in Stuttgart (Bad Cannstatt und Neckartal) für den Landtag.

Impressum

KURSWECHSEL
 Zeitung für Baden-Württemberg

Nr. 1, Oktober 2010
 Herausgeber: Die Linke Baden-Württemberg
 Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart
 0711 – 24 10 45
 info@die-linke-bw.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Verantwortlich: Bernhard Strasdeit,
 Landesgeschäftsführer

Fotos: dpa, Roland Hägele,
 DIE LINKE, Harald Schöder, Martin Storz

DIE LINKE.
 BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Internet-Seite der LINKEN
 zu Stuttgart 21:
www.Stuttgart21-stoppen.de